

KONZEPTPAPIER

IN BAYERN FREI UND SICHER LEBEN:

**GRÜNE IDEEN
FÜR EINE
BÜRGERNAHE
INNENPOLITIK**

Konzeptpapier Innenpolitik 2017

I. BAYERN ZWISCHEN GEFÜHLTER UND REALER SICHERHEIT

Unser Bayern ist ein sicheres Land. Das wissen die meisten Menschen. Das zeigen auch die Kriminalstatistik und der bundesweite Vergleich. Dafür setzen sich die Polizistinnen und Polizisten in Bayern Tag für Tag ein. Trotzdem sind immer mehr Menschen in Bayern um ihre Sicherheit besorgt, sei es auf Grund der furchtbaren terroristischen Anschläge der letzten Jahre, anhaltende Wohnungseinbrüche oder des alltäglichen Rassismus. Was die Menschen umtreibt, ist aber nicht alleine das eigene Wohlergehen. Viele fürchten um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft als Basis unseres Zusammenlebens.

”

Wir möchten, dass die Menschen in unserem Land frei und sicher leben können

Wir möchten, dass die Menschen in unserem Land frei und sicher und zugleich in gesellschaftlicher Verbundenheit leben können. Dafür braucht es eine gut ausgestattete Polizei, die zielgerichtete Abwehr von Gefahren, den Ausbau der Prävention und eine starke Zivilgesellschaft. Der be-

rechtigte Wunsch nach größerer Sicherheit und die hohen Güter der Freiheit und des Rechtsstaats müssen zusammengedacht werden. Worauf es dabei ankommt, ist die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit, die gegenseitiges Vertrauen fördert und so gemeinschaftsbildendes Handeln erst ermöglicht.

II. GRÜNE PRINZIPIEN UND ZIELE: INNERE SICHERHEIT MIT AUGENMASS UND TRANSPARENZ, DEM GEMEINWESEN VERPFLICHTET

Freiheit braucht Sicherheit. Und Sicherheit braucht Freiheit. Aber es braucht noch mehr. Wer sich einzäunt, sich bewaffnet, wer anderen misstraut, ist weder frei noch letztendlich sicher.

Wir stellen die Weichen in Richtung einer freiheitsorientierten Innen- und Sicherheitspolitik, die es den Menschen erlaubt, in Vielfalt leben zu können. Die Grundsätze die uns dabei leiten, sind: intakte staatliche Institutionen, rechtsstaatliche Verfahren und bürgerfreundliche, transparente Behörden, welche die Freiheitsrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und ihnen auf Augenhöhe begegnen. Außerdem ist Grüne Innenpolitik vorausschauend: Wir wissen, dass der Klimawandel auch ein sicherheitspolitisches Problem für Europa ist, er trifft verwundbare Gesellschaften und verschlimmert die bereits prekäre Situation fragiler Staaten in unzähligen Regionen in Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten. Wir wissen, dass die Chancen der Digitalisierung auch immer eine Herausforderung für die Sicherheitsbehörden sind. Darauf geben wir Antworten.

Das spiegelt sich in unserer Vorstellung einer modernen Innen- und Sicherheitspolitik für Bayern wider. Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der uns vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist. Wir wollen eine zielgerichtete und effektive Gefahrenabwehr durch eine starke und bürgernahe Polizei. Dafür muss die Polizei personell und ressourcenmäßig gut ausgestattet sein. Die Strukturen und das Handeln der bayerischen Sicherheitsbehörden müssen darauf ausgelegt sein, die Bürgerrechte angesichts der aktuellen Herausforderungen in der realen und in der digitalen Welt zu verteidigen und zu stärken. Wir forcieren eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik. Wir denken Sicherheitspolitik jedoch weiter: Prävention, Bildung, Deradikalisierung, Klimaschutzpolitik, kriminalitätsmindernde städtebauliche Veränderungen, und Entwicklungszusammenarbeit gehören ebenfalls dazu.

Dazu gehört es für uns auch, über die Grenzen staatlicher Macht in Gestalt sicherheitsbehördlicher Befugnisse zu diskutieren, sie gemeinsam zu verhandeln und eine unnötige Ausweitung zu verhindern. In der aktuellen sicherheitspolitischen Debatte waren und sind wir GRÜNE die Stimmen der Vernunft. Wir setzen uns dafür ein, dass die geltenden Gesetze konsequent angewendet werden. Gesetzesverschärfungen verschließen wir uns nicht, wenn sie einer wirksamen und anlassbezogenen Gefahrenabwehr dienen und auf dem Boden des Rechtsstaats stehen. Wir stellen uns aber gegen eine haltlose und hektische Symbolpolitik à la CSU. Wir wehren uns gegen eine immer weitreichendere Ausdehnung staatlicher Befugnisse und eine Sicherheitspolitik, die auf Grund der digitalen Möglichkeiten, die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger einschränkt. Damit unser Land für seine Bewohnerinnen und Bewohner Heimat und Gemeinwesen bleibt, darf die Innen- und Sicherheitspolitik die Grundvoraussetzungen unseres solidarischen Zusammenlebens nicht gefährden.

III. ZENTRALE HANDLUNGSFELDER: AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN IN BAYERN UND GRÜNE BEWERTUNG

Die folgenden innenpolitischen Handlungsfelder stehen im Mittelpunkt der grünen Innen- und Sicherheitspolitik für Bayern.

1. Terrorismus, Rechtsextremismus, Cybercrime und Organisierte Kriminalität bewältigen

Auch wenn Bayern eines der sichersten Bundesländer ist, gibt es Kriminalitätsfelder, welche die Sicherheitspolitik hierzulande vor große und vielschichtige Herausforderungen stellt. Herausforderungen, die wir GRÜNE annehmen.

Die terroristischen Anschläge der letzten Monate, darunter auch in Bayern, haben uns vor Augen geführt, wie verletzlich unsere weltoffene und freiheitliche Gesellschaft ist. Eine uns leitende zentrale Erkenntnis aus dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz in Berlin im Dezember 2016 und all den anderen terroristischen Anschlägen in Europa ist, dass die Attentäter den Sicherheitsbehörden bekannt waren. Trotzdem konnte es aber zu der Tat kommen. Aus

diesen Ungereimtheiten müssen die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Diese betreffen die wirksame Überwachung gefährlicher Personen und die engere Zusammenarbeit der europäischen und deutschen Sicherheitsbehörden. Die CSU stellt zwar in Bayern seit Jahrzehnten den Innenminister und sie trägt seit Ende 2005 im Bund mit die Verantwortung für die innere Sicherheit. Doch von der CSU kommen vor allem die gleichen panischen Sicherheitsplacebos. Der Vertrauensverlust der Bevölkerung in Sachen innerer Sicherheit geht also auch auf das Konto der CSU.

Gefahren drohen auch durch den wachsenden Rechtsextremismus und Rassismus. Immer mehr Menschen werden Opfer von rechter Gewalt, darunter viele Geflüchtete und auch verstärkt Flüchtlingshelfende und Journalistinnen und Journalisten. Hetze und Diskriminierungen online wie offline nehmen zu. Die Aufklärungsquote ist bei vielen dieser Delikte sehr gering. Das ist ein großes Problem. Nur mit Repression ist es allerdings nicht getan, mehr Investitionen in Bildung und Prävention sind ebenfalls von Nöten. Das zeigt sich schon daran, dass immer wieder neue rechte Akteure in Erscheinung treten, wie zurzeit die Identitäre Bewegung und das Bündnis Deutscher Patrioten, die von den bayerischen Sicherheitsbehörden zu lange unterschätzt werden. Wie gefährlich die lange von der CSU-Regierung verharmloste „Reichsbürger“-Bewegung tatsächlich ist, wurde nach dem Tod eines Polizeibeamten durch Schüsse eines „Reichsbürgers“ in Georgensgmünd im Oktober 2016 endgültig klar. Die hohe Zahl von Schusswaffen in der Hand von Reichsbürgern führt uns vor Augen, genauso wie der Amoklauf am Münchner OZ, wie wichtig es ist, die immer noch zunehmende Verbreitung von legalen und illegalen Waffen in den Griff zu bekommen.

Wohnungseinbrüche bereiten vielen Menschen Sorgen und sind emotional höchst belastend. Die Zahl der Einbruchdiebstähle in Bayern ist seit 2010 stark gestiegen, hatte 2014 einen traurigen Rekord und befindet sich nach wie vor auf einem zu hohen Niveau. Verantwortlich für die Taten sind oft höchst professionelle agierende internationale Banden. Ein weiterer Grund für die ansteigenden Einbruchszahlen ist das extreme Armutsgefälle in Europa, aber auch in Deutschland.



Die Digitalisierung bietet enorme Chancen.

Aber auch andere Formen der organisierten Kriminalität müssen stärker in den Blick genommen werden: Schutzgelderpressung, Schockanrufe, Enkeltrickbetrug, Rauschgift- und Menschenhandel, Eigentumskriminalität, Fahrraddiebstahl.

Die Digitalisierung bietet enorme Chancen. Aber zugleich wird das Internet zum Betätigungsfeld für neue Formen von Kriminalität (Cybercrime). Die Bürgerinnen und Bürger und unsere demokratische Gesellschaft sind dabei zu wenig geschützt. Hetze, Hate Speech, die Underground-Economy (illegaler Drogen-, Waffen- und Datenhandel, Geschäfte mit Hacking-Software im Darknet etc.), Kinderpornographie, Angriffe auf kritische Infrastrukturen, Behörden und Unternehmen oder auch Betrug im Internet nehmen dramatisch zu. Das wahre Ausmaß der Computerkriminalität ist gar nicht bekannt, da nur ein sehr geringer Teil der Straftaten angezeigt wird. Die Behörden gehen von einem sehr großen Dunkelfeld aus. Die Bekämpfung der Cyber-Kriminalität verlangt von der Polizei einen Quantensprung in Sachen Ausbildung, Personal und Ausrüstung.

2. Bedenkliche Ausweitung der sicherheitsbehördlichen Befugnisse stoppen, Bürgerrechte im digitalen Zeitalter schützen

Die Antwort auf den Ruf nach mehr Sicherheit, der oftmals gar nicht von der Bevölkerung, sondern von der momentanen CSU-Regierung selbst kommt, hat einen hohen Preis: die Ausweitung der staatlichen Befugnisse in Sachen innerer Sicherheit. Vorbereitungshandlungen, die weit im Vorfeld gefährlicher Straftaten liegen, werden zunehmend unter Strafe gestellt. Die Befugnisse des Verfassungsschutzes und der Polizei zur Gefahrenabwehr wurden in jüngster Zeit massiv ausgeweitet. Dass diese ultrapräventive Sicherheitspolitik verfassungswidrig sein kann, zeigt das nach grüner Klage ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum BKA-Gesetz aus dem Jahr 2016. Die Richterinnen und Richter hatten das Gesetz zu weiten Teilen aufgehoben. Nichtsdestotrotz sind in Bayern durch das im Sommer 2016 von der CSU durchgedrückte Verfassungsschutzgesetz die Überwachungsbefugnisse des Verfassungsschutzes ganz erheblich ausgebaut worden. Der Bayerische Verfassungsschutz darf jetzt unter anderem sogar auf Vorratsdaten (Telekommunikations-Verbindungsdaten) zurückgreifen. Auch die Videoüberwachung in Bayern wird schrittweise ausgeweitet. Die CSU-Regierung macht nicht publik, wie viele Kameras es aktuell im öffentlichen Raum gibt. Videoüberwachung ist ein Grundrechtseingriff. Um diesen zu rechtfertigen, braucht es gute Gründe, warum man wo überwacht. An Kriminalitätsschwerpunkten mag das sinnvoll sein. Aber die anlasslose und konzeptlose Videoüberwachung á la CSU ist unverhältnismäßig.

Diese Ausdehnung der Befugnisse der bayerischen Sicherheitsbehörden hinterfragen wir jedes Mal kritisch und diskutieren sie am Einzelfall, da sie zu immer mehr staatlicher Kontrolle und Überwachung führen. Denn damit wird in die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger eingegriffen. Die Verhältnismäßigkeit des Handelns der Sicherheitsbehörden, ein zentraler Pfeiler unseres Rechtsstaates, muss jedoch gewahrt werden.

3. Reformbedürftige Strukturen bei Verfassungsschutz und Polizei

Infolge von Gesetzesverschärfungen, aber auch auf Grund historischer Erfahrungen, sehen manche Bürgerinnen und Bürger die Freiheit durch den Staat gefährdet. Wir wollen diese teilweise gerechtfertigte, zum Teil aber auch ritualisierte Skepsis aufbrechen. Dazu müssen wir das kritische und menschenrechtlich orientierte Handlungspotential der Sicherheitsapparate stärken. Dafür wiederum sind die Organisationskultur und die Strukturen der Sicherheitsbehörden auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls zu verändern.

Spätestens nach der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ist klar, dass der Verfassungsschutz umfassend reformiert werden muss. Aber anstatt Fehler zu beseitigen, hat die CSU mit dem im Sommer 2016 verabschiedeten Verfassungsschutzgesetz das Landesamt für Verfassungsschutz noch gestärkt. Das völlig diskreditierte V-Personen-System wird beibehalten und verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können weiterhin Straftaten im Dienst begehen. Die parlamentarische Kontrolle des Landesamts für Verfassungsschutz wurde sogar eingeschränkt. Die CSU zieht damit wider besseren Wissens die falschen Konsequenzen aus der Selbstenttarnung des NSU. Im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit spielt die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE), die beim

Landesamt für Verfassungsschutz angegliedert ist, die zentrale Rolle. Auf der anderen Seite fehlt es immer noch an einer umfassenden Einbindung der Zivilgesellschaft in die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus. Die ungehemmte Ausbreitung des Rechtsextremismus in Bayern konnte so bislang nicht gestoppt werden. Für uns steht fest, dass der Verfassungsschutz in Bayern neu gedacht werden muss.

Die Bayerischen Polizistinnen und Polizisten leisten eine hervorragende Arbeit. Aber einige Bayerinnen und Bayern haben immer noch Bedenken und Vorbehalte im Umgang mit der Polizei. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Bayerische Polizei ist unverzichtbar in einem funktionierenden Rechtsstaat. Zu guter Polizeiarbeit gehört für uns GRÜNE, dass die Polizei erkennbar und besser ansprechbar wird. Bislang sind die Bayerischen Polizeikräften nur unzureichend individuell gekennzeichnet. Auch gibt es immer wieder Vorwürfe, bei Ermittlungsverfahren gegen Polizistinnen und Polizisten würde es an der notwendigen Neutralität fehlen. Dieser Verdacht muss durch entsprechende strukturelle Reformen ausgeräumt werden. Es ist gutes demokratisches Recht, Einsätze zu hinterfragen, zu loben was gut läuft und zu kritisieren, was schlecht läuft.

4. Überlastung der Polizei und grüne Aufgabenkritik

Die Bayerische Polizei ist leistungsstark. Auch wenn sie im bundesweiten Vergleich gut aufgestellt ist, was die personelle und ressourcenmäßige Ausstattung angeht, ist dennoch festzuhalten: Die Bayerische Polizei ist überlastet. Mehr als zwei Millionen Überstunden schieben die bayerischen Polizistinnen und Polizisten vor sich her. Anstatt diese Überstunden abzubauen, lässt die CSU-Regierung die Polizei seit 2016 rein symbolische Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze durchführen. Dieser massive Überstundenberg muss abgebaut werden, denn er schadet der Gesundheit und dem sozialen Umfeld der Polizistinnen und Polizisten sowie der Attraktivität des Polizeiberufs. Es braucht dazu eine Aufgabenkritik bei der Polizei. Es kann nicht sein, dass wir den Polizistinnen und Polizisten immer mehr Aufgaben aufbürden und sie vollzugsfremde Tätigkeiten übernehmen müssen. Wir Grüne machen uns deswegen stark für eine Umschichtung der polizeilichen Aufgaben in einigen Bereichen.

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten sowie gegen Rettungskräfte nimmt zu. Oftmals spielt erhöhter Alkoholkonsum eine Rolle bei diesen Angriffen. Wir verurteilen sie aufs schärfste. Die Polizei und Rettungskräfte müssen bei ihren lebenswichtigen Aufgaben geschützt werden.

Wir wollen eine starke und bürgernahe Polizei, die ihren Aufgaben gewachsen ist. Sie bildet das Fundament für unser friedliches, freiheitliches Zusammenleben in unserem Rechtsstaat.

5. Innere Sicherheit muss staatliche Kernaufgabe in den Händen der Polizei bleiben

Die Menschen vor Straftaten zu schützen und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, gehört zu den Kernaufgaben staatlichen Handelns. Diese Kernaufgabe darf nicht die Sache von Amateuren sein und gehört daher nicht in die Hände Privater. Der Einsatz der Sicherheits-

wacht in Bayern unterhöhlt das Gewaltmonopol des Staates, das maßgeblich durch die Polizei als staatliches Organ ausgeübt wird und das eine der zentralen Errungenschaften des modernen Rechtsstaats darstellt. In Bayern wurden die Mittel für die Sicherheitswacht im Doppelhaushalt 2017/2018 von der CSU noch einmal erhöht.

Die im Grundgesetz geregelten Möglichkeiten zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren dürfen nicht ausgeweitet werden. Eine Verfassungsänderung, wie sie die CSU immer wieder fordert, um die Voraussetzungen für Inlandseinsätze der deutschen Streitkräfte zu senken, lehnen wir ab. Seit Bestehen der Bundesrepublik beruht die Sicherheitsarchitektur auf dem bewährten verfassungsrechtlichen Prinzip der strikten Aufgabentrennung zwischen Polizei und Streitkräften. Die Aufgabe der Polizei ist die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Die Bundeswehr ist zuständig für die Landesverteidigung. Nur ausnahmsweise und unter sehr eng gefassten Voraussetzungen erlaubt das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr im Landesinneren, was auch das Bundesverfassungsgericht wiederholt bestätigt hat. Dieses Prinzip werden wir weder aufweichen noch aufgeben. Die Bundeswehr darf nicht zu einem innenpolitischen Machtinstrument werden. Außerdem sind die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr fachlich nicht dafür qualifiziert, um polizeiliche Aufgaben zu erfüllen. Polizeibeamtinnen und -beamte durchlaufen eine jahrelange fachliche Ausbildung für die anspruchsvolle Polizeiarbeit. Der Bundeswehr fehlt dieses spezifische polizeiliche Wissen.

IV. GRÜNE FORDERUNGEN UND MASSNAHMEN

1. Polizei stärken und bürgernäher machen

>>> Personell gut ausgestattete Polizei, modernes Personalkonzept

Wir entlasten die Polizei von weniger dringenden Aufgaben und unnötiger Bürokratie. Dazu werden wir zusammen mit der Polizei den Arbeitsalltag der Polizistinnen und Polizisten umfassend auf den Prüfstand stellen. Wir treiben Gesetzesinitiativen voran, um bestimmte Delikte wie den Cannabiskonsum zu entkriminalisieren. Bei einfach gelagerten Verkehrsunfällen ohne Personenschaden (z.B. Parkplatzunfälle und Auffahrunfälle) werden wir unnötige Einsätze der Polizistinnen und -polizisten reduzieren. Die Unterstützung der Grenzkontrollen durch die Landespolizei lehnen wir ab. Wir fordern ein Pilotprojekt zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei (Profi-) Fußballspielen in Bayern. Aufgaben innerhalb der Polizei werden umgeschichtet. Wir werden zusätzliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an hierfür geeigneten Stellen einstellen, die die Polizeibeamtinnen und -beamten ebenfalls entlasten. Diese Tarifbeschäftigten übernehmen Tätigkeiten für die es keine dreijährige Polizeiausbildung braucht.

Wir möchten eine personell gut ausgestattete Schutz- und Kriminalpolizei. Dafür müssen auch mehr Polizeibeamtinnen und -beamten eingestellt werden um den wachsenden Aufgaben der Polizei gerecht zu werden, den Überstundenberg abzubauen und um den demographischen Wandel zu bewältigen, der auch auf die Polizei in den nächsten Jahren zukommt. Um die vielen neuen Beamtinnen und Beamten adäquat schulen zu können, müssen genug Ausbilderin-

nen und Ausbilder und geeignete räumliche Kapazitäten bereitgestellt werden. Bei der Verteilung der Stellen muss ein neuer Schlüssel gefunden werden, der sich an der tatsächlichen Belastung orientiert.

Eine moderne Polizei braucht auch zeitgemäße, flexible Arbeitszeitmodelle, die wir einführen und fördern werden. Wir werden die Wahlmöglichkeiten der Polizistinnen und Polizisten stärken. Klar ist für uns dabei, dass ein Arbeitszeitmodell, das gut für Polizei und Bürgerinnen und Bürger ist, grundsätzlich nicht ohne eine Arbeitszeitverkürzung auskommt. Gleichzeitig werden wir es Polizistinnen und Polizisten erleichtern, ihre geleisteten Überstunden auch ausgezahlt zu bekommen.

Die Spezialistinnen und Spezialisten (bspw. beim Thema Cyber) bei der Schutz- und Kriminalpolizei müssen verstärkt werden. Wir wollen nicht, dass die guten IT-Leute sich nur in der freien Wirtschaft tummeln, sie sollen auch bei der Polizei arbeiten. Dazu werden wir die Voraussetzungen für die Einstellung überprüfen und bezogen auf den IT-Bereich anpassen. Auch bei der Vergütung bzw. Besoldung werden wir neue Wege gehen und eine außertarifliche Bezahlung diskutieren. Ziel muss es sein, dass die besten Hacker bei der Bayerischen Polizei arbeiten.

Die Beförderungsmöglichkeiten im Stellenplan müssen überprüft und angepasst werden. Wir wollen außerdem die Erschwerniszulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ) schneller anheben. Dabei muss Höhe des Ausgleichs für Nacht- und Feiertagsarbeit widerspiegeln, dass die Polizistinnen und Polizisten regelmäßig nachts, sonntags und feiertags mit erheblichem Berufsrisiko und großer Verantwortung arbeiten.

>>> Investitionsstau beseitigen, moderne Polizeitechnik bereitstellen

Die Bayerische Polizei muss gut ausgestattet sein - von einer angemessenen Schutzkleidung bis hin zu einer schnelleren Einführung einer neuen Dienstwaffe. Gute Polizeiarbeit braucht moderne Büro-, IT- und Kommunikationstechnik, wie auch kriminalpolizeiliche moderne Technik zur Tatermittlung, Identifizierung und Beweissicherung. Außerdem muss der bestehende Investitionsstau bei Baumaßnahmen beseitigt werden.

Um die Arbeitsabläufe der Polizei zu vereinfachen und auch in ländlichen Gebieten effektiver arbeiten zu können, fordern wir Streifenwägen in mobile Wachen umzurüsten. Somit findet eine Erleichterung der Büroarbeit durch den Einsatz mobiler Technik statt, Zugriff auf die polizeilichen Datenbanken und erste Eingaben können direkt vor Ort erfolgen.

Die bisherigen Modellprojekte zur Einführung einer Bodycam werden wir dahingehend evaluieren, ob die Kameras ein Mehr an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Polizeibeamtinnen und -beamte bedeuten. In jedem Fall werden wir bei einem möglichen Einsatz von Bodycams darauf achten, dass die Kameras grundrechtsschonend und verhältnismäßig eingesetzt werden.

Die Technik schreitet immer weiter voran. Deswegen machen wir uns für eine polizeieigene

Forschung und Entwicklung stark. Dafür brauchen die Polizistinnen und Polizisten jedoch Zeit. Die Einrichtung von Forschungsverbänden über Landesgrenzen hinweg unterstützen wir.

>>> Diversity bei der Polizei, Ausbildung und Fortbildung modernisieren, kein Racial Profiling

Wir wollen mehr Diversity bei der Bayerischen Polizei. Die Potentiale aller gesellschaftlichen Gruppen soll auch die Bayerische Polizei stärker erschließen und nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Polizistinnen und mehr Polizeibedienstete mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Bayern ist immer noch Schlusslicht im bundesdeutschen Vergleich, was den Frauenanteil angeht. Dafür müssen die Beurteilungsrichtlinien für den Aufstieg geändert und die Beurteilenden in Genderkompetenz geschult werden. Die Gleichstellungsbeauftragten brauchen mehr Beteiligungsrechte. Damit mehr Polizistinnen bei der Polizei studieren, wollen wir Eltern-Kind-Zimmer und Betreuungsmöglichkeiten an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Fürstenfeldbruck und Sulzbach-Rosenberg. Führen in Teilzeit und Telearbeit müssen in der Bayerischen Polizei, auch in Leitungspositionen, ausgebaut werden – das ist nicht nur für Polizistinnen, sondern auch für Polizisten interessant, denn so funktioniert die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Kompetenzen, die Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund mitbringen, müssen angemessen bewertet werden.

Interkulturelle Schulungen, Bildungsmodule zu Menschenrechten - all das sind weitere Dinge, für die wir uns stark machen. Korpsgeist, Rassismus oder Diskriminierung und eine law-and-order-Mentalität haben in einer modernen Polizei keinen Platz. Ein interkulturelles Polizeiteam soll in unseren Augen so selbstverständlich sein wie im Fußball. Wir wollen bei der Aus- und Fortbildung der Polizei einen stärkeren Fokus auf interkulturelle Kompetenz legen. Im Polizeialltag muss dem Rassismus der Kampf angesagt werden. Es darf kein Racial Profiling bei der Polizei geben. Wir werden Maßnahmen, wie Antidiskriminierungsprogramme

”

Wir werden Maßnahmen gegen ethnisches Profilieren ergreifen.

und runde Tische gegen ethnisches Profilieren ergreifen.

Wir brauchen besondere Ausbildungsmodule zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere zum Umgang mit Rechtsextremisten und Reichsbürgern.

Eine Zusammenarbeit mit externen Profis aus der Zivilgesellschaft ist dafür sehr sinnvoll. Auch werden wir die Ausbildung im Bereich Cybercrime intensivieren. Wir werden die Mittel für die Polizeiaus- und Fortbildung entsprechend erhöhen.

Um den Altersdurchschnitt bei der Kriminalpolizei zu senken, setzen wir uns dafür ein, dass im Rahmen der Polizeiaus- und Fortbildung einen Direkteinstieg zur Kriminalpolizei möglich ist, so dass Polizistinnen und Polizisten, die für den gehobenen Dienst befähigt sind, nicht erst für mehrere Jahre zur Schutzpolizei abgestellt werden.

>>> Kennzeichnungspflicht

Gute Polizeiarbeit heißt für uns Grüne auch, dass die Polizei transparent und bürgerfreundlicher wird. Wir fordern eine Kennzeichnungspflicht mit individuellen Nummern für uniformierte Polizeibeamtinnen und -beamten auf den Polizeidienststellen in Bayern. Ebenso wie in vielen anderen Bundesländern sollen die bayerischen Polizistinnen und Polizisten die Dienstnummernschilder sichtbar an ihren Uniformen tragen und somit während des Dienstes gekennzeichnet sein. Zunächst kann auch die Kennzeichnungen probeweise angewandt werden, um auch in Bayern praktische Erfahrungen zu sammeln.

>>> UnabhängigeR PolizeibeauftragteR

Für die Polizei als staatliches Organ wollen wir wirksame Kontrollmechanismen einführen. Wir werden eineN unabhängigeN PolizeibeauftragteN schaffen, der oder die Ansprechperson sowohl für die Polizeibediensteten als auch für die Bürgerinnen und Bürger ist. Der oder die Polizeibeauftragte soll für Beschwerden zuständig sein und Hinweise zur Arbeit der Polizei entgegennehmen. Polizeibeauftragte gibt es auch in anderen europäischen Ländern. Dort konnte dem Misstrauen gegenüber polizeiinternen Kontrollen und Ermittlungen erfolgreich entgegenwirkt werden.

>>> Virtuelle Polizeiwachen

Wir werden eine virtuelle Polizeiwache bei der bayerischen Polizei einrichten, die u.a. Anzeigen der Bürgerinnen und Bürgern online entgegennimmt. Menschen, die beispielsweise Opfer von Hate Speech oder eines Betrugs im Internet geworden sind, können somit leichter und schneller Strafanzeigen stellen. Es entfallen lange Wartezeiten auf den Dienststellen und polizeiliche Ermittlungen können früher begonnen werden. Zur Strafverfolgung im Bereich der Hasskriminalität werden wir spezielle Schwerpunktstaatsanwaltschaften bilden.

2. Länderübergreifendes Zusammenspiel der Sicherheitsbehörden verbessern

Den internationalen Terror aber auch andere aktuelle und gefährliche Kriminalitätsformen kann Bayern nicht alleine in den Griff bekommen. Wir brauchen eine länderübergreifende Polizei- und Sicherheitspolitik

>>> Bessere Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern

Eine der Lehren aus dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 ist, dass die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden innerhalb der Länder verbessert werden muss. Eine verlässliche Kooperation und klare Zuständigkeiten sind das Ziel. Eine lückenlose bundesweite und zielgerichtete Überwachung von Gefährdern braucht einen besseren, institutionalisierten Informationsaustausch zwischen den Ländern und den Bundesbehörden. Bayern muss seinen Teil dazu beitragen. Dass sich die vorhandenen Informationen über gefährliche Personen zu einem Gesamtbild formen, darf nicht am Kleinklein der deutschen föderalen Sicherheitsarchitektur scheitern.

Wir setzen uns dafür ein, dass auf der Bundesebene die Zuständigkeiten und rechtlichen Grundlagen für den Informationsaustausch im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) gesetzlich geregelt werden. Auch wollen wir eine gesetzliche Verpflichtung, dass das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ebenso wie die Verfassungsschutzämter der anderen Bundesländer sämtliche ermittelte Informationen zu überwachten Gruppierungen und Personen an die Polizei abzugeben haben, wenn diese zur Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung tätig wird. Nur so kann die nötige Kultur der Verantwortung wachsen. Die Eigeninteressen der beteiligten Behörden müssen ganz klar zugunsten der Gefahrenabwehr zurücktreten.

Wir wollen aktuelle koordinierte Einsatz- und Schutzkonzepte für sensible und gefährdete Orte mit einheitlichen Standards für alle Akteure (von Bundes- bis Kommunalen Ebene, von Sicherheitsbehörden bis zu Rettungs- und Hilfskräften).

>>> Internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden intensivieren

Generell ist die Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden nicht so gut, wie sie angesichts der Herausforderung sein sollte. Schon die bereits vorhandenen europäischen Möglichkeiten zur polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit werden nicht vollständig umgesetzt und genutzt. Solche Defizite bei der Kooperation müssen beseitigt werden. Wir brauchen mehr Europa, um grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus in den Griff zu bekommen. Daher unterstützen wir stärkere europäische Strukturen und einen Ausbau der Kooperationen dort wo sie nötig sind, um Bayern sicherer zu machen. Hier gilt es, nationalstaatliches Denken beiseite zu schieben und auf Kooperation zu setzen.

Eine stärkere europäische Vernetzung, die verbindliche Nutzung von bestehenden Systemen und ein besserer rechtsstaatlich organisierter Informationsaustausch sind dringend von Nöten. Das beginnt mit einer transparenten und EU-weit eindeutigen Definition des Begriffs „Gefährder“. Wir wollen den Rahmen für die Zusammenarbeit europäischer Ermittlerteams verbessern, damit Gefährder auch über Landesgrenzen hinweg nicht aus dem Blickfeld der Polizei geraten und besser aufgespürt werden können.

3. Konsequenz gegen Neonazis vorgehen

Die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus machen wir mit zur obersten Priorität der bayerischen Sicherheitsbehörden. Die bestehenden Gesetze sind konsequent anzuwenden. Den Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf die rechte Szene und rechte Straftäter werden wir deutlich erhöhen. Rechtsextreme und Reichsbürger sind konsequent zu entwaffnen und aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Ein Verbot der Neonaziparteien Der III. Weg und Die Rechte sowie der Identitären Bewegung prüfen wir. Das Bündnis Deutscher Patrioten sowie neue rechtsextreme Organisationen müssen von den Sicherheitsbehörden intensiver in den Blick genommen werden. Außerdem werden wir Schutzkonzepte für besonders gefährdete Orte entwickeln.¹

¹ Weitere Forderungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus finden sich in unserem grünen Handlungskonzept gegen rassistische Hetze und Gewalt (http://www.gruene-fraktion-bayern.de/sites/default/files/konzept_1_demokratie.pdf).

4. Terrorismus effektiv und zielgerichtet bekämpfen

Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen die dezentrale und vernetzte Organisation von Terroristen. Dazu gehört eine fundierte Analyse, warum und wie Attentäter sich unterhalb des Radars der Sicherheitsbehörden organisieren konnten. Der Schwerpunkt der rechtsstaatlichen Reaktion muss auf einer passgenauen und engmaschigen Überwachung konkreter Verdachtsmomente liegen, nicht auf anlassloser Massenüberwachung. Die geltenden Gesetze, die dafür einen großen Handlungsspielraum bieten, müssen konsequent angewandt werden (z.B. Telekommunikationsverbote, bei Gefährdern ohne deutschen Pass ggf. aufenthaltsrechtliche Sanktionen wie räumliche Aufenthaltsbeschränkung, bei ausreisepflichtigen Gefährdern die vordringliche Durchsetzung der Ausreise). Islamistische Strukturen müssen lückenlos aufgeklärt, überwacht und gefährliche Personen an der Ausreise gehindert werden.

Sicherheitspolitik verlangt Augenmaß vor allem bei den polizeilichen Befugnissen, um Bürgerrechte nicht unnötig einzuschränken. Wir lehnen es ab, der Polizei im Polizeiaufgabengesetzes (PAG) Befugnisse einzuräumen, die nichts mit realen terroristischen Gefahren zu tun haben oder reine Sicherheitsplacebos sind. Dazu zählen wir die elektronische Fußfessel und den polizeilichen Präventivgewahrsam für Gefährder. Diese Befugnisse sind in ihre Wirkung zweifelhaft und greifen unverhältnismäßig in die Freiheitsrechte der Betroffenen ein. Sinnvollen gesetzlichen Änderungen werden wir uns nicht verschließen. Aber es gilt immer der Grundsatz: Alles muss rechtsstaatlich wasserfest sein.

5. Cybercrime den Kampf ansagen

Die Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität² werden wir intensivieren. Die Bayerische Polizei braucht noch mehr Expertise im IT-Bereich. Die bestehenden Ressourcen genügen dazu bislang nicht. Wir werden flächendeckende Anlaufstellen bei der Polizei schaffen, um gegen Cybercrime und die Underground-Economy zu ermitteln (Cyber-Kommissariate). In allen Polizeiinspektionen, sowie bei den Regionalen Beweismittelsicherungs- und Auswertungsstellen (RBA) braucht es ausreichend Sachkompetenz und Spezialistinnen und Spezialisten sowohl für die Aufnahme als auch für Endsachbearbeitung von Cybercrime-Delikten. Die dafür nötigen Expertinnen und Experten aus der freien Wirtschaft sind in den Polizeidienst einzustellen (Computerkriminalisten und IT-Forensiker), außertarifliche Bezahlungen müssen ggf. ermöglicht werden. Wir werden die Hürden im Sportbereich für die Anwerbung geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten reduzieren.

Aufgrund der Digitalisierung und der virtuellen Entgrenzung klassischer kriminalgeographischer Räume ergeben sich zwangsläufig andere Anforderungen an die Polizeibeamtinnen und -beamten. Wir werden deshalb die Aus- und Fortbildungsangebote ausbauen. Ziel ist es, dass jeder Polizeibeamte und jede Polizeibeamtin einfache Cybercrimedelikte im Bereich der Alltagskriminalität selbst bearbeiten kann. Mittlerweile kommen kein Beamter und keine Beamtin an diesen Themen vorbei.

² Weitere Forderungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus finden sich in unserem grünen Handlungskonzept gegen rassistische Hetze und Gewalt (http://www.gruene-fraktion-bayern.de/sites/default/files/konzept_1_demokratie.pdf).

Um das Dunkelfeld im Bereich Cybercrime aufzuhellen und das tatsächliche Gefährdungspotential einzuschätzen, werden wir ein ausführliches Lagebild Cybercrime für Bayern erstellen. Dabei werden wir nicht nur die Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) einfließen lassen, sondern auch nichtpolizeiliche Informationsquellen (wie Studien von Antivirensoftware-Herstellern oder behördlichen Einrichtungen, sowie eine empirische Datenerhebung der Bevölkerung) heranziehen. Wir werden außerdem dafür sorgen, dass in der PKS das Deliktfeld Cybercrime realistisch abgebildet wird.

Wir werden zusätzlich Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Computerkriminalität einrichten und uns für mehr Bund-Länder-Ermittlungsgruppen zur Bearbeitung von Cybercrime-Delikten stark machen. Außerdem muss die Präventionsarbeit in dem Bereich zur Verhütung von Computerkriminalität verstärkt werden, dazu werden wir die Verbraucherschutzzentralen stärker mit einbinden.

Auch werden wir die IT-Sicherheit verstärken, insbesondere zum Schutz kritischer Infrastrukturen. Dazu müssen die unterschiedlichsten Zuständigkeiten des Freistaats in diesem Bereich gebündelt werden. Nötig ist eine Meldepflicht bei Angriffen auf kritische Versorgungsleistungen wie im Gesundheitsbereich oder auf das politische System. Diese Sicherheitslücken müssen nach Bekanntwerden umgehend geschlossen werden. Zusätzlich braucht es unabhängige Forschungsstellen, um Cyberangriffe nachzuspüren.

6. Wohnungseinbrüchen und sonstigen Formen der Organisierten Kriminalität entgegentreten

Wir werden den Kampf gegen die gewerbsmäßig betriebenen Wohnungseinbrüche verstärken. Neben einer konsequenten Anwendung der bestehenden Gesetze schlagen wir GRÜNE ein Maßnahmenpaket gegen Einbrüche in Bayern vor. Wir werden für mehr Polizeipersonal auf der Straße zur Fallaufklärung sorgen sowie für eine zügigere Einführung eines einheitlichen Fallbearbeitungssystems in allen Bundesländern und für eine bessere Vernetzung zwischen den Bundesländern und EU-Ländern, um internationale Täter zu fassen. Schnellere Untersuchungsergebnisse zu Tatortspuren durch geschulte Einbruchsachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter können zügig zur Tataufklärung beitragen. Daneben braucht es intensive Präventionsmaßnahmen, damit man es den Tätern nicht allzu einfach macht (technischer Einbruchschutz, Informationskampagnen). Wichtig ist es aber auch, die Wurzel des Übels zu erkennen und die Ursachen zu bekämpfen: wie auch bei anderen Eigentumsdelikten liegen diese in den sozialen Rahmenbedingungen. Es gibt einen nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Kriminalitätsbelastung und sozialen Problemen. Drogenabhängigkeit und soziale Ungleichheit sind u.a. auch Gründe für diese Delikte. WissenschaftlerInnen aus der Kriminalwissenschaft sollen mit Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, Schulen, Polizei etc. zusammenarbeiten, um mehr Daten über Einbrüche zu sammeln. Was es nicht braucht, sind härtere Strafen, denn Abschreckung in Form von höheren Strafen bringt nach wissenschaftlichen Erkenntnissen nichts.

Um stärker gegen die Organisierte Kriminalität vorzugehen werden wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften in diesem Bereich bilden. Wir setzen uns für Änderungen im Strafrecht auf Bundesebene ein, um organisierte Kriminalität wirksamer ahnden zu können.

Angriffe gegen Vertreter des Staates, Zerstörung von Eigentum und Gefährdung von Menschenleben bereiten vielen Menschen Sorge. Wir verurteilen Gewalt und werden dagegen konsequent auf allen politischen Ebenen vorgehen. Die Mittel des Rechtsstaates werden wir ausschöpfen. Insbesondere muss der Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf Gewalttäter erhöht werden.

7. Waffengewalt eindämmen

Die Zahl der Waffen in Bayern steigt immer weiter an. Es ist immer noch viel zu einfach, an Schusswaffen zu kommen. Dies gilt auch für den Zugang zu illegalen Schusswaffen und die Gefahr, die von umgebauten Dekorationswaffen ausgeht. Damit wächst auch die Gefahr, dass es zu lebensgefährlichen Waffenmissbrauch kommt. Wir setzen uns dafür ein, den Einsatz illegaler Waffen und den Missbrauch legaler Waffen zu bekämpfen.

Wir werden die bayerischen Waffenbehörden dazu anhalten, das Waffenrecht konsequent anzuwenden. Personen, die unzuverlässig im Sinne des Waffenrechts sind, insbesondere Neonazis und Reichsbürger, sind zu entwaffnen. Wir werden für ein hohes Niveau der Kontrollen der Waffenbesitzer sorgen.

Wir sehen auch einen Bedarf an Änderungen des EU-Rechts und des nationalen Waffenrechts. Wir werden uns einsetzen für eine wirksamere Kontrolle des Waffenhandels in der EU, ein Verbot besonders gefährlicher halbautomatisierter Schusswaffen im Besitz von Privatpersonen und strengere Anforderungen an die Zuverlässigkeit der Waffenbesitzer. Auch wollen wir auf Bundesebene bereits für den Besitz einer Schreckschusswaffe eine Waffenerlaubnis einführen, um den Zugang zu diesen gefährlichen Waffen zu erschweren.

Gegen illegale Waffen werden wir verstärkt vorgehen. Dazu braucht es eine enge europäische Zusammenarbeit und verstärkte Ermittlungsteams im Darknet.

8. Verfassungsschutz neu denken

Wir wollen das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) reformieren und umstrukturieren. Eine zentrale Lehre aus den Morden des NSU ist: Der Bayerische Verfassungsschutz kann in seiner bisherigen Form nicht weiterbestehen.

Wir wollen das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz zu einer neuen Behörde umbauen, die nachrichtendienstliche Tätigkeiten auf ein Minimum reduziert und die eng mit der Wissenschaft sowie der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet.

Die gesetzlichen Aufgaben des Amtes müssen klarer definiert und insbesondere auf die Beobachtung gewaltorientierter und rassistisch motivierter Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung konzentriert werden. Die Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität und der Cyber-Kriminalität sind keine originären Aufgaben des Verfassungsschutzes, sie können besser von Polizeibehörden erfüllt werden und werden deshalb umverlagert.

Auch die Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz werden wir neu definieren. Insbesondere die von der CSU-Regierung im Sommer 2016 durchgesetzte Reform des Bayerischen Verfassungsschutzes geht zu weit. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz insbesondere nicht mehr auf Vorratsdaten zurückgreifen darf. Auch weitere Befugnisse des Verfassungsschutzes, wie das Recht zu heimlichen Überwachungsmaßnahmen (Wohnraumüberwachung), werden wir einschränken. Das Gesetz muss den Kernbereich privater Lebensgestaltung viel mehr schützen und die Grenzen staatlicher Ausforschung eng ziehen. Nötig ist eine klare Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei, um das Trennungsgebot zwischen Verfassungsschutz und Polizei strikt einzuhalten. Eine Beobachtung von Kindern durch den Verfassungsschutz, so wie sie seit dem Jahr 2016 möglich ist, lehnen wir ab.

Das V-Personen-System des Verfassungsschutzes wollen wir in seiner derzeitigen Form abschaffen. Der Einsatz von V-Leuten in der rechtsextremistischen Szene verlief in der Vergangenheit desaströs, wie die parlamentarische Aufarbeitung der NSU-Mordserie gezeigt hat. Außerdem muss die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes wieder gestärkt werden.

Der Verfassungsschutz hat keinen Bildungsauftrag. Deswegen werden wir der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) diese Aufgabe entziehen. Stattdessen sind zivilgesellschaftlichen Träger stärker in die Aufklärung und Bildung einzubeziehen. Deren Expertise muss gehört werden.

Unabhängig davon stehen wir einer Reform der Struktur der Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik offen gegenüber. Dazu gehört auch die organisatorische Konzentration in Verbindung mit einem Neustart des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Es reicht nicht aus, die föderale Architektur des Sicherheitsapparates aus der Tradition zu begründen. Die Bedrohung durch terroristische Gefahren stellt andere Anforderungen als die Gefahrenabwehr im Kalten Krieg. Vorrang vor diesen umfassenden Fragen hat jedoch die konkrete, schnelle Beseitigung der aktuellen Baustellen.

9. Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst stärken und wertschätzen

Unser Bayern ist ein sicheres Land dank seiner Polizei, die auch schwierige Lagen erfolgreich bewältigt. Unser Dank geht aber auch an Rettungskräfte, die den Menschen im Notfall schnelle Hilfe leisten. Das gilt für den abwehrenden Brandschutz und technischen Hilfsdienst sowie für den Rettungsdienst. Gerade die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr im Freistaat ruht auf dem Ehrenamt als fundamentale Stütze unserer Gesellschaft. Angesichts des demographischen und gesellschaftlichen Wandels und den damit verbundenen Herausforderungen gilt es das Ehrenamt zu stärken und die ehrenamtlichen Kräfte vor Nachteilen durch ihre Tätigkeit zu schützen. Die gestiegenen Herausforderungen in technischer und organisatorischer Hinsicht muss sich daher nicht nur im Landeshaushalt, sondern auch in einer ehrlichen Wertschätzungskultur widerspiegeln. Deshalb wollen wir eine vollständige Gleichbehandlung der Ehrenamtlichen im Rettungsdienst mit den Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr. Außerdem wollen wir die Ausbildung in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr verbessern und mehr Menschen qualifizieren.

Alkoholkonsum und öffentliche Sicherheit stehen in einem zu wenig beachteten Zusammenhang. Ruhestörungen, Vandalismus, Sexualdelikte und Gewaltdelikte gehen oft mit Alkoholkonsum einher. Wie die Kriminalstatistik zeigt, sind im Bereich der Gewaltkriminalität ein Drittel aller Täterinnen und Täter alkoholisiert.³ Auch Angriffen auf Polizei und Rettungskräfte geht regelmäßig exzessiver Alkoholenuss und damit eine Enthemmung voraus. Wir werden uns für einen stärkeren Schutz der Helferinnen und Helfer sowie der Polizei einsetzen. Zur Eindämmung eines übermäßigen Alkoholkonsums werden wir Präventions- und Anreizprogramme entwickeln bzw. fördern.

10. Sicherheitswacht abschaffen

Wir werden die Sicherheitswacht abschaffen.

11. Prävention stärken und Tatgelegenheiten minimieren

Der Rechtsstaat ist in der Pflicht, alles in seiner Macht stehende zu tun, um die Menschen zu schützen. Dafür setzen wir nicht nur auf Repression, wo es nötig ist, sondern auch auf Prävention, wo sie möglich ist. Wenn jemand auf die schiefe Bahn gerät, müssen wir hinschauen und helfen, bevor er Straftaten begeht. Wir werden die Kriminalitätsprävention generell stärken.

Immer noch zu viele, vor allem junge, Menschen in Bayern, wenden sich dem Islamismus zu und radikalieren sich. Das ist eine erschreckende Entwicklung, der stärker gegengesteuert werden muss. Um Terroranschläge in Europa, die islamistisch motiviert sind, zu verhindern, müssen wir Ausgrenzung verhindern. Wer heute ausgrenzt, schafft den Nährboden für den Terrorismus von morgen. Viele der bisherigen Attentäter sind in Europa geboren oder leben hier schon seit langem. Da bislang noch kaum erforscht ist, wie und unter welchen Bedingungen sich einzelne Menschen radikalieren, wollen wir entsprechende Forschungsprojekte besser unterstützen. Außerdem setzen uns für den Aufbau von kommunalen Netzwerken für die Prävention und Deradikalisierung ein – mit Strategien und Methoden, die zu den Jugendlichen und dem Milieu vor Ort passen. Darüber hinaus fordern wir ein spezielles Programm für Frauen und Mädchen. In den Justizvollzugsanstalten muss die Radikalisierung bereits Inhaftierter verhindert und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft gefördert werden – unter Einbeziehung muslimischer Seelsorge. Dafür braucht es endlich eine Imam-Ausbildung in Bayern, außerdem fordern wir den Islamunterricht flächendeckend an Schulen. Zudem werden wir die Anreize und den Schutz für Aussteiger erhöhen.

Im Bereich des Rechtsextremismus werden wir die unseren zahlreichen Forderungen zu Prävention und Intervention umsetzen.⁴ Dazu gehört an den Kern des Problems Rassismus vorzudringen. Wir werden u.a. eine „Koordinierungsstelle Demokratie“ einrichten, die das Verwaltungshandeln für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie weitere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit über alle Ebenen hinweg koordiniert,

³ Polizeiliche Kriminalstatistik Bayern 2016, S. 24 (http://www.polizei.bayern.de/content/6/4/9/pks_pressebericht_2016.pdf).

⁴ Siehe das Grüne Handlungskonzept gegen rassistische Hetze und Gewalt, Oktober 2016, S. 9 ff. (abrufbar unter: http://www.gruene-fraktion-bayern.de/sites/default/files/konzept_1_demokratie.pdf).

alle Verwaltungsebenen bezüglich der Problemfelder Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisiert und die Verwaltung darüber hinaus mit der Zivilgesellschaft vernetzt. Es braucht in Bayern ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, eine stärkere Unterstützung von zivilgesellschaftlichen und unabhängigen Aussteigerhilfen und mehr Demokratiebildung. Eine starke Zivilgesellschaft, die sich für unseren Staat und die Gesellschaft einsetzt ist ebenfalls wichtig für die Sicherheit in unserem Land.

Es gibt auch einen Zusammenhang zwischen der öffentlichen Umgebung und Kriminalität. Wir werden verstärkt Konzepte mit Polizei, Anwohnerinnen und Anwohnern, Wissenschaft, Immobilienbranche, Stadtplanerinnen und -planer sowie den Kommunen entwickeln, mit denen man durch bauliche Gestaltung und Umgestaltung der öffentlichen Räume Kriminalität verhindern kann und tatfördernde Rahmenbedingungen beseitigt werden. Maßnahmen städtebaulicher Kriminalprävention, wie beispielsweise eine bessere Beleuchtung, Transparenz durch mehr Glas bei U-Bahn-Eingängen oder mehr Begegnungszonen innerhalb der Nachbarschaft, stärken das Sicherheitsgefühl der Menschen.

V. AUSBLICK: GRÜNE INNENPOLITIK IST UMFASSEND

Wirkungsvolle Innenpolitik ist dynamisch und reagiert auf neue Herausforderungen rechtsstaatlich und zielgerichtet. Dazu gehört, dass unsere Sicherheitsbehörden die volle Unterstützung für die rechtsstaatliche Abwehr von Gefahren bekommen. Dazu gehört aber auch, dass die Grundrechte und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger geschützt werden. Die vielen Vorteile der Digitalisierung werden wir für unsere Gesellschaft, für unsere Wirtschaft und unsere Verwaltung nutzen und gleichzeitig den möglichen Schaden in Grenzen halten.

Sicherheit wird nicht nur durch Polizistinnen und Polizisten in Uniform auf der Straße gewährleistet. Uns ist klar, dass zu einer umfassenden Sicherheitspolitik auch der Bereich der Justiz gehört. Diese gehört ebenfalls gut ausgestattet, sonst bildet sich an dieser Stelle ein Flaschenhals. Wie die Arbeitsbelastung bei den Staatsanwaltschaften gesenkt werden können, dazu nehmen wir in unserem Konzept zur Rechtspolitik Stellung.⁵

Es gibt also weiterhin viel zu tun. Den hier dargelegten Ansprüchen wollen wir auch künftig gerecht werden und unsere Vernetzung, langjährige Erfahrung und Expertise weiter für unser Bayern einsetzen, in dem Menschen sicher, frei und gemeinschaftlich zusammenleben können.

München, 28.09.2017
Katharina Schulze, MdL, Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Inneres und Strategien gegen Rechtsextremismus
Bündnis90/Die Grünen im Bayerischen Landtag

⁵ Gerechtigkeit, Freiheit, Sicherheit - Alles was Recht ist - ein Konzept für Bayern, Juli 2017

Stand: 28. September 2017



KONTAKT:

Katharina Schulze, MdL

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126 2773

Fax: 089 4126 1494

katharina.schulze@gruene-fraktion-bayern.de
